



Rede von Markus Dufner
bei der Hauptversammlung von E.ON am 30. April 2008
(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,
sehr geehrter Herr Hartmann, sehr geehrter Herr Dr. Bernotat,
sehr geehrte Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands,

ich heiße Markus Dufner und bin Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionäre.

E.ON schürt Angst vor Stromlücke und setzt weiter auf Atomkraft

Herr Dr. Bernotat, Sie scheinen Spaß daran zu haben, den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land Angst zu machen – Angst vor einer angeblich drohenden Lücke bei der Stromerzeugung in Deutschland. Kaum etwas fürchten wir mehr, als dass die Lichter ausgehen. Einige von uns erinnern sich bestimmt noch an den November 2005, als im Münsterland 50 Strommasten der RWE unter der Schnee- und Eislast einknickten. Die Stromversorgung in vielen Haushalten fiel minuten- und stundenlang aus – in Ochtrup sogar tagelang.

Aber dann, Herr Dr. Bernotat, sagen Sie uns ja, Gott sei Dank, gleich, wie Abhilfe zu schaffen ist. Die drohende Stromlücke lasse sich „am einfachsten und günstigsten durch eine Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke“ schließen. „Das wäre auch gut für den Klimaschutz, denn Kernkraftwerke sind CO₂-frei.“²

Die Versorgungssicherheit in Deutschland wird durch den Atomausstieg nicht gefährdet. Dies bestätigt unter anderem eine aktuelle Studie des Umweltbundesamtes.

Herr Dr. Bernotat, warum erwähnen Sie nicht die Sicherheitsrisiken, die von Atomkraftwerken ausgehen? Und dann wollen Sie auch noch die Laufzeit alter Atommeiler verlängern, die dringend vom Netz müssten!

Vom E.ON-Chef gibt es auch folgende interessante Aussage - Zitat:

„Ob Kernenergie für Deutschland eine Übergangstechnologie ist, müssen wir heute nicht entscheiden. Das können wir immer noch in zehn bis 15 Jahren bewerten.“

Zitat Ende. Herr Dr. Bernotat, der Bau neuer Atomkraftwerke ist in Deutschland nicht mehr durchsetzbar. Diese Schlacht haben Sie verloren.

Jetzt versuchen Sie, Ihre Atomprojekte im Ausland zu realisieren. Bitte verraten Sie uns: Wie gedeihen die Verhandlungen über einen Einstieg von E.ON in Großbritannien bei British Energy? Wenn der Deal gelingt: Bleibt es dann beim Bau von zwei Atomkraftwerken?

E.ON investiert in Kohlekraftwerke anstatt in erneuerbare Energien

Laut aktuellem Geschäftsbericht plant E.ON, bis zum Jahr 2014 in Europa und Russland mindestens acht weitere Kohlekraftwerke zu bauen. Bis 2010 will E.ON über 30 Milliarden Euro in den Neubau und Ersatz von konventionellen Kraftwerken stecken, also vorwiegend solche auf Basis von Kohle und Gas. Zum Vergleich: Nur rund sechs Milliarden Euro sollen in die erneuerbaren Energien fließen, vor allem in Offshore-Windparks und Biogasanlagen.

Ein nettes Vorzeigeprojekt ist das Gezeitenkraftwerk, das E.ON zusammen mit dem britischen Unternehmen Lunar Energy bauen will. Ab 2010 soll es rund 5000 Haushalte mit Strom versorgen.

Herr Dr. Bernotat, stimmt es, dass bisher nur das Modell einer Unterwasserturbine existiert? Wie beurteilen Sie die Chancen, dass das Gezeitenkraftwerk den Praxistest besteht?

Unter dem Stichwort „CO₂-freies Kohlekraftwerk“ suggeriert E.ON der Öffentlichkeit, der Bau weiterer Kohlekraftwerke sei für das Klima unproblematisch. Tatsächlich wird diese neue Technologie gerade mal erforscht. Eine Abscheidung und unterirdische Lagerung von Kohlendioxid in großem Stil ist – wenn überhaupt – frühestens in 15 bis 20 Jahren realisierbar. Das Umweltbundesamt befürchtet aber, dass in unterirdische Lagerstätten versenktes CO₂ im Laufe von 100 Jahren schleichend entweichen könnte.¹

Herr Dr. Bernotat, Sie kennen doch die Fakten:

„Der Ausstoß von Treibhausgasen muss spätestens in acht Jahren weltweit gesenkt werden, um eine Klimakatastrophe zu verhindern.“

Das steht im Klimabericht des Weltklimarats vom Mai 2007. Die Uhr tickt: Uns bleiben jetzt nur noch sieben Jahre zum Umsteuern. Und was sagen die angeblich umwelt- und klimapolitisch so ignoranten Vereinigten Staaten von Amerika? In einer Studie des US-Kongresses ist nachzulesen, für die Erwärmung unseres Planeten seien „Aktivitäten des Menschen“ hauptverantwortlich.

Wir, die Kritischen Aktionäre, verlangen deshalb vom E.ON-Vorstand: Vorfahrt für Klimaschutz!

Wer die Weichen nicht bereits heute konsequent in Richtung Klimaschutz stellt, sondern stattdessen weiter auf irreversible Risikotechnologien setzt, darf dem größten deutschen Energiekonzern nicht mehr vorstehen.

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre, ich möchte Sie deshalb auffordern, Herrn Dr. Bernotat und den Vorstand von E.ON nicht zu entlasten.

E.ON und seine Leihbeamten in Ministerien

Wenden wir uns einem anderen wichtigen Thema zu: dem Lobbyismus – einem gefährlichen Schädling, der nach und nach unsere Demokratie von innen aushöhlt. Was hat Deutschlands größter Energiekonzern, was E.ON damit zu tun?

Eine ganze Menge. E.ON hat eigene Mitarbeiter in Bundesministerien „eingeschleust“. Entschuldigen Sie: ein unanständiges Wort. Sagen wir lieber: E.ON-Leute haben am

Austauschprogramm „Seitenwechsel“ teilgenommen. Schließlich war es ja ein offizielles Programm, das unter der rot-grünen Bundesregierung begann. Dem Bundesrechnungshof gefällt daran so manches nicht. Allein zwischen 2004 und 2006 waren pro Jahr im Schnitt 100 Leihbeamte in den Ministerien - insgesamt rund 300. Das sind dreimal soviel, wie bislang von der Bundesregierung zugegeben.

Sehr geehrter Herr Dr. Bernotat, bitte erzählen Sie uns von den Aktivitäten Ihrer Mitarbeiter in diversen Ministerien.

Wie viele Mitarbeiter hat E.ON ans Auswärtige Amt ausgeliehen und was war ihre Aufgabe? An welche weiteren Ministerien auf Bundes- oder Landesebene hat E.ON Mitarbeiter ausgeliehen?

Stimmt es, dass die von E.ON ausgeliehenen Mitarbeiter während ihrer Zeit in Ministerien weiter von E.ON bezahlt wurden?

Gab es eine „Gefahrenzulage“ oder bekamen die E.ON-Mitarbeiter ihr normales Gehalt?

E.ON und RWE sind die wichtigsten Akteure im Bundesverband Energie- und Wasserwirtschaft – dem früheren Bundesverband Gas- und Wasserwirtschaft. Dieser Verband entsandte eine Dame in die Task Force Netzzugang, die der frühere Wirtschaftsminister Werner Müller eingerichtet hatte.

Herr Dr. Bernotat, stimmt es, dass E.ON über den Verband eine Liberalisierung des Netzzugangs verhindern wollte?

Von wem erhielt E.ON im Juni 2003 den streng vertraulichen Entwurf eines Monitoring-Berichts über die Wettbewerbssituation in Deutschland?

Aufgrund des zugespielten Monitoring-Entwurfs war E.ON in der Lage, auf das Bundeswirtschaftsministerium einzuwirken. Dieses veränderte noch einmal einige Text-Passagen im Sinne E.ONs.

Liebe Aktionärinnen und Aktionäre, einen Großteil dieser Informationen, die es uns ermöglichen, kritisch nachzufragen, verdanken wir den Recherchen der Journalisten Sascha Adamek und Kim Otto. Ich darf Ihnen deren kürzlich erschienenen Buch zur Lektüre empfehlen.

Es heißt „Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben“.

Verdienstvolle Arbeit auf diesem Feld hat auch die Organisation LobbyControl geleistet.

Auch der Dachverband der Kritischen Aktionäre führt seine Aktion „Mehr Transparenz in den Lobbyismus der DAX-Unternehmen“ weiter. Bitte wenden Sie uns mit Informationen vertrauensvoll an uns.

1) www.welt.de - 23.03.2008

2) ARD-Sendung Monitor, „Das CO₂-freie Kohlekraftwerk: Ein PR-Trick der Stromkonzerne?“, 31. Januar 2008